

SO-01-NEU Wir investieren in Gerechtigkeit (nur neue Zeilennummerierung)

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 29.09.2016
Tagesordnungspunkt: SO Sozialer Zusammenhalt

1 Wir Grüne kämpfen für ein gerechtes Land, in dem jeder Mensch ein selbstbestimmtes Leben
2 führen kann. Ein Land, in dem sich jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft entfaltet und
3 dessen Wohlstand allen zugutekommt. In der Gesellschaft, die wir wollen, dient die
4 Wirtschaft dem Menschen und nicht umgekehrt. Unternehmen wirtschaften nachhaltig und zahlen
5 faire Löhne. Kein Mensch muss finanzielle Ängste vor Krankheit und Alter haben – ganz egal,
6 wie er versichert ist. Frauen haben die gleichen Rechte und Chancen wie Männer und Familien
7 haben Zeit füreinander. Der öffentliche Raum genießt höchste Wertschätzung, die öffentliche
8 Hand hat ausreichende Mittel für Kitas, Schulen und Universitäten; Spielplätze, Theater und
9 Sportanlagen; Straßen, Radwege und öffentlichen Nahverkehr. Um diesen Zielen näher zu
10 kommen, haben wir ein Programm für nachhaltige Investitionen, gezielte Entlastungen, soziale
11 Sicherung und gerechte Verteilung entwickelt.

12 Deutschland ist ein wohlhabendes Land – im Durchschnitt. Es gibt eine große Mittelschicht,
13 die weder arm noch reich ist und in Kommunen wohnt, die zwar nicht in Luxus schwimmen, aber
14 in der Lage sind, öffentliche Einrichtungen in guter Qualität vorzuhalten. Deutschland ist
15 aber auch ein ungleiches Land. Wohlstand und Chancen hängen zu sehr vom Elternhaus ab. Unser
16 Bildungssystem mag besser sein als das vieler anderer Staaten, doch für echte
17 Chancengleichheit sorgt es nicht. Immer noch entscheiden die familiäre Herkunft, Einkommen
18 und Vermögen hierzulande maßgeblich über die Aufstiegschancen, und nicht primär Talent,
19 Fleiß oder Ehrgeiz. Es sind mehr Männer und Frauen erwerbstätig als je zuvor. Doch zu viele
20 von ihnen – vor allem Frauen – arbeiten schlecht bezahlt, befristet oder unfreiwillig in
21 Teilzeit.

22 Reiches, armes Land

23 Arm und Reich driften in den letzten Jahren weiter auseinander und haben im Alltag immer
24 weniger Berührungspunkte. Die privaten Vermögen einiger sind enorm angestiegen. In kaum
25 einem Land der Euro-Zone ist die Vermögensungleichheit größer. Die breite Mehrheit steht
26 wirtschaftlich da, wo sie vor 20 Jahren auch schon stand. Viele Geringverdiener haben sogar
27 verloren. Die Einkommensungleichheit verharrt auf hohem Niveau, obwohl die Reallöhne seit
28 2010 steigen. Wir erleben eine Rückkehr zu überwunden geglaubten Zuständen. Die soziale
29 Mobilität nimmt ab und die Unterschiede zwischen „oben und unten“ verfestigen sich. Die
30 eingeschränkte Teilhabe von Vielen und eine enorme Konzentration des Wohlstandes bei Wenigen
31 werden zu einer sich verschärfenden strukturellen Machtfrage. Zu viel Reichtum in den Händen
32 weniger Leute gefährdet die wirtschaftliche Dynamik und nährt Fehlinvestitionen und
33 Preisblasen auf den Finanzmärkten.

34 Unser Land hat die wirtschaftlichen Möglichkeiten, allen, die hier leben, gleiche Chancen
35 und eine faire Teilhabe an Wohlstand und Lebensqualität zu bieten. Doch gefühlte und erlebte
36 Ungerechtigkeiten gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie. Es
37 sind auch unsichtbare Mauern in und zwischen den Wohnvierteln, die unsere Gesellschaft
38 spalten. Hier die Problemschule im sozialen Brennpunkt, da das Elitegymnasium in bevorzugter
39 Lage. In manchen Regionen sind die öffentlichen Gebäude frisch saniert und das Internet
40 kommt in Spitzengeschwindigkeit überall an. Ein paar Kilometer weiter zerfällt die
41 Infrastruktur, sind Schulen in einem jämmerlichen Zustand und das Stadtbad bereits seit
42 Jahren geschlossen. Die Erzieherin, der Pfleger oder die Polizistin müssen trotz ihrer

43 gesellschaftlich wertvollen Arbeit mit vergleichsweise niedrigen Einkommen über die Runden
44 kommen. Investmentbanker und Spitzenmanager streichen dagegen Millionen an Gehältern und
45 Boni ein, selbst wenn sie Werte vernichten.

46 Gerechtigkeit ist zentraler Grundsatz für uns GRÜNE. Dieser Anspruch strahlt für uns in alle
47 Politikbereiche aus. Wie wir leben, hat Auswirkungen auf die Chancen der Menschen in anderen
48 Teilen der Welt. Deshalb entspricht es unserem Verständnis von Gerechtigkeit, dass Menschen
49 nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt eine Chance auf eine lebenswerte Gegenwart
50 und Zukunft haben. Gerechtigkeit bedeutet für uns, auch künftigen Generationen eine intakte
51 und lebenswerte Welt zu übergeben, in der sie selbstbestimmt leben können. In der vernetzten
52 Welt des 21. Jahrhunderts kann und sollte soziale Sicherung nicht ausschließlich im
53 nationalen Rahmen gedacht werden. Soziale Gerechtigkeit ist auch ein zentrales Thema für die
54 Solidargemeinschaft der Europäischen Union. In dem Antrag "Ja zu Europa, Mut zur
55 Veränderung" führen wir auf, wie wir mit einem sozialen Europa, einem europäischen
56 Steuerpakt und einem Green New Deal das Leben auf unserem Kontinent besser gestalten können
57 als mit nationalen Alleingängen oder mit einer einseitigen Austeritätspolitik, die ohne die
58 notwendigen Reformen und Investitionen durchgesetzt wird.

59 Investieren, entlasten, teilen

60 Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit sind für uns zwei Seiten derselben
61 Medaille, wenn wir die Teilhabe aller erreichen und verbessern wollen. Drei Ziele sind uns
62 besonders wichtig, um dieses Land für uns und für unsere Kinder lebenswerter zu machen.

63 Erstens wollen wir mehr in eine gute Zukunft unseres Landes investieren: In
64 Chancengerechtigkeit, in einen Bildungsaufbruch und in gute öffentlichen Einrichtungen. Wir
65 wollen jedes Kind bestmöglich fördern und echte Aufstiegschancen für alle ermöglichen. Dafür
66 brauchen wir vor allem handlungsfähige Kommunen. Dort müssen wir den Investitionsstau in
67 dreistelliger Milliardenhöhe auflösen und unsere Städte und Gemeinden in die Lage versetzen,
68 Kita-Plätze zu schaffen, den öffentlichen Nahverkehr zu stärken, Schwimmbäder, Theater und
69 Jugendzentren zu unterhalten.

70 Zweitens wollen wir Familien und Alleinerziehende gezielt finanziell entlasten und
71 unterstützen. Kinderarmut darf in einem reichen Land wie Deutschland ebenso wenig einen
72 Platz haben wie Armut im Alter. Wir brauchen ein soziales Sicherungsnetz, das wirkungsvoll
73 vor Armut schützt, ein gutes Leben im Alter ermöglicht und niemanden durchs Raster fallen
74 lässt. Wir stehen für eine geschlechtergerechte Gesellschaft, die ein selbstbestimmtes und
75 solidarisches Leben von Frauen und Männern ermöglicht. Wir wollen die großen Aufgaben
76 anpacken: eine wirklich solidarische Finanzierung der Renten- und Krankenkassen und eine
77 Modernisierung der sozialen Sicherungsnetze in Zeiten der Digitalisierung.

78 Drittens wollen wir, dass der gemeinsam erwirtschaftete Wohlstand in unserem Land fairer
79 geteilt wird.^[1] Wir arbeiten für ein gerechtes Land und eine solidarische Gesellschaft. Dazu
80 müssen alle einen fairen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Wir kämpfen für
81 mehr Steuerehrlichkeit und eine gerechtere Besteuerung von sehr vermögenden Menschen. Wir
82 setzen uns dafür ein, dass Chancen und Vermögen gerechter verteilt und möglichst alle
83 Arbeitsverhältnisse gut und sicher ausgestaltet und fair entlohnt werden.

84 **Wir investieren in gute Bildung**

85 Der Zugang zu guter Bildung ist eine Voraussetzung, um allen Menschen die gleiche Teilhabe
86 und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Ein gutes Bildungssystem, von den
87 Kindertagesstätten über die Schulen bis zu den Hochschulen und den

88 Weiterbildungsinstitutionen, ist daher eine Schlüsselfrage für Chancengleichheit in der
89 Zukunft. Das betrifft im Fall von Kitas und Schulen nicht nur die Kinder, sondern auch deren
90 Eltern, wenn es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht. Dabei sind insbesondere
91 Alleinerziehende auf gute öffentliche Einrichtungen angewiesen.

92 Der aktuelle Bildungsbericht von Bund und Ländern zeigt, dass Kinder, die es schwer haben,
93 in Kita und Schule immer mehr mit Kindern zusammen sind, die es ebenfalls schwer haben. Kita
94 und Schule müssen daher immer mehr ausgleichen, um Chancengerechtigkeit und gleiche
95 Startchancen zu ermöglichen. Dabei müssten gerade in Stadtteilen, in denen viele sozial
96 benachteiligte Menschen leben, Kitas und Schulen besonders gut ausgestattet werden. Nur so
97 schaffen wir es, dass Benachteiligte eine faire Chance bekommen und Mittelschichtsfamilien
98 nicht wegziehen, sobald ihre Kinder das schulpflichtige Alter erreichen. Doch Bund, Länder
99 und Kommunen investieren insgesamt zu wenig in ihre Bildungseinrichtungen. Die öffentlichen
100 Bildungsausgaben liegen unter dem OECD-Schnitt. Was die Förderung von Kindern und
101 Jugendlichen angeht, hinkt unser Land hinterher. Das wollen wir ändern. Wir halten an den
102 Zielen fest, 7 Prozent des BIP in die allgemeine Bildung und 3,5 Prozent in Forschung und
103 Entwicklung zu investieren.

104 Wir wollen das Kooperationsverbot im Bildungsbereich abschaffen. So wollen wir es dem Bund
105 wieder ermöglichen, gemeinsam mit den Ländern stärker und zielgenau in Bildung zu
106 investieren. Denn momentan darf der Bund die Bundesländer in der Bildungspolitik nicht
107 unterstützen. Das wollen wir korrigieren. Kitas und Schulen in Gebieten mit schwacher
108 Einkommensstruktur wollen wir vorrangig fördern. Die Schulsozialarbeit wollen wir ausbauen.

109 Ein bundesweites Kitaqualitätsgesetz soll sicherstellen, dass gute Startchancen nicht vom
110 Wohnort des Kindes abhängen und schon bei der frühkindlichen Bildung die Qualität gesteigert
111 wird. Unser Anspruch ist, dass Erzieherinnen und Erziehern tatsächlich genügend Zeit für die
112 Betreuung und Förderung jedes Kindes haben. Die Fachkraft-Kind-Relation sollte sich deshalb
113 an der Maximalgröße 1:4 für unter Dreijährige und 1:10 für über Dreijährige orientieren. Wir
114 wollen neuen Schwung für flächendeckend qualitativ hochwertige Ganztagschulen. Dafür legen
115 wir ein neues bundesfinanziertes Schulsanierungsprogramm auf. Solange das Kooperationsverbot
116 besteht, entlasten wir die Kommunen 5 Jahre lang mit jährlich 2 Milliarden Euro, damit sie
117 das Geld in den Ganztagschulausbau stecken können.

118 Echte Teilhabe braucht neben Lernförderung auch Sport, Musik und Kultur. Das aktuell
119 geltende Bildungs- und Teilhabepaket ist bürokratisch und wird gerade einmal von einem
120 Fünftel der berechtigten Kinder in Anspruch genommen. Bei der Lernförderung ist es sogar nur
121 jedes zehnte Kind. Darum wollen wir einen Teil des Bildungs- und Teilhabepakets durch frei
122 zugängliche sowie bundesweit garantierte Angebote an Kitas, Schulen, Musikschulen und
123 Vereinen ersetzen und den anderen Teil der Leistungen in den Regelsatz überführen, um
124 Familien nicht weiter mit bürokratischen Antragshürden von gesellschaftlicher Teilhabe
125 auszuschließen.

126 Unsere Schulen und Hochschulen brauchen eine soziale Öffnung. Wir wollen das Studieren
127 gerade für junge Menschen aus benachteiligten Familien und aus Nicht-Akademiker-Haushalten
128 erleichtern. Dazu wollen wir das BAföG erhöhen und es zum Zwei-Säulen-Modell
129 weiterentwickeln. Damit die Studienbedingungen besser werden und die Abbruchzahlen sinken,
130 statten wir den Hochschulpakt besser aus. Wir lehnen Studiengebühren ab und wollen das
131 Deutschlandstipendium abschaffen.

132 Wir wollen den Übergang von der Schule in die Ausbildung verbessern. Dazu gehört eine
133 Ausbildungsgarantie, um zu verhindern, dass junge Menschen weiter ziel- und planlos von
134 Maßnahme zu Maßnahme verschoben werden. Alle bekommen individuelle Angebote. Wer trotzdem

135 keine Lehrstelle findet, startet mit einer überbetrieblichen Ausbildung, die zu einem
136 anerkannten Berufsabschluss führt.

137 Regelmäßige Weiterbildung wird immer wichtiger, auch weil die Digitalisierung immer mehr
138 Arbeitsbereiche durchdringt. Wir wollen, dass alle ihr Wissen und ihre Kompetenzen
139 regelmäßig erweitern und auffrischen können. Deshalb können wir nicht hinnehmen, dass die
140 Hälfte der Erwachsenen in Deutschland – vor allem gering Qualifizierte,
141 Teilzeitbeschäftigte, Ältere und Menschen mit Einwanderungsgeschichte – bei der beruflichen
142 Weiterbildung außen vor bleiben. Wir wollen die berufliche Weiterbildung aller mit dem
143 Modell BildungsZeitPlus, einem individuellen Mix aus Zuschuss und Darlehen, finanziell
144 gezielt unterstützen. Wir wollen in allen Bildungseinrichtungen die digitale Teilhabe
145 verbessern.

146 **Wir kämpfen für Lohngleichheit und eine eigenständige** 147 **Existenzsicherung von Frauen**

148 Gerechtigkeit meint für uns GRÜNE auch immer Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Wir
149 wollen eine geschlechtergerechte Gesellschaft, die ein selbstbestimmtes und solidarisches
150 Leben ermöglicht. Hier hat grüne Politik viel erreicht. Aber solange es ein Gefälle in der
151 Verteilung von Machtpositionen, Einkommen und Zeit zu Lasten von Frauen gibt, bleibt diese
152 Gerechtigkeitslücke bestehen.

153 Wir wollen die Lohnungerechtigkeit zwischen Männern und Frauen beenden. Frauen verdienen im
154 Durchschnitt 21 Prozent weniger als Männer. Das ist nicht nur zutiefst ungerecht – damit ist
155 Deutschland auch europaweites Schlusslicht. Minijobs und ein fehlendes Rückkehrrecht auf
156 Vollzeit und vorherigen Stundenumfang sind weitere Hürden auf dem Weg zur
157 Gleichberechtigung. Dazu gehört für uns auch eine gerechte Bewertung von Arbeit und eine
158 gesellschaftliche Aufwertung von Berufen mit hohem Frauenanteil – also all jener Berufe, die
159 sich direkt um Menschen kümmern, sei es in der Pflege, in der Kita oder in sozialen
160 Projekten. Entgeltregelungen müssen überprüft werden, Entgeltdiskriminierungen wollen wir
161 beseitigen. Außerdem fordern wir ein Verbandsklagerecht, beispielsweise für Gewerkschaften,
162 damit Verbände stellvertretend für die Beschäftigten klagen können. Es muss sich für Frauen
163 insbesondere lohnen, mehr als nur geringfügig arbeiten, damit sie den Schutz der
164 Sozialversicherungen erhalten. Dafür wollen wir den gesamten Niedriglohnsektor reformieren,
165 prekäre Beschäftigung zurückdrängen und Minijobs durch sozialversicherungspflichtige
166 Beschäftigungsverhältnisse ersetzen.

167 Wir wollen Frauen und Männer in ihrem Wunsch unterstützen, sich die Sorge für ihre Kinder
168 und eine Erwerbstätigkeit partnerschaftlich zu teilen. Die ungleiche steuerliche Behandlung
169 von heute gelebten Familienformen wollen wir beenden. Unser Steuersystem soll kein Hindernis
170 dafür sein, dass Frauen sich eine eigenständige Existenzsicherung aufbauen und sich
171 beruflich so verwirklichen können, wie sie es wünschen.

172 Das Ehegattensplitting steht diesen Zielen im Weg. Es ist ungerecht, denn es erlaubt nur
173 einem Teil der Familien, Lebensphasen abzufedern, in denen eine Person weniger oder nichts
174 verdient. Das Ehegattensplitting ist nicht nachhaltig. Alleinerziehende oder Paare, die sich
175 den Verzicht auf ein zweites Einkommen nicht leisten können, haben nichts davon. Hinzu
176 kommt, dass die mit dem Ehegattensplitting geförderte Arbeitsteilung vor allem für Frauen
177 erhebliche Armutsrisiken birgt und langfristig alles andere als eine Absicherung ist. Eine
178 Frau, die keiner oder nur einer geringfügigen Erwerbsarbeit nachgeht und in dieser Zeit
179 zusammen mit ihrem Partner vom Splitting profitiert, steht nach der Scheidung oder Verlust
180 des Partners oft ohne eigene Alterssicherung da. Aus diesen Gründen wollen wir zur individuellen

181 Besteuerung übergehen und das Ehegattensplitting durch eine gezielte Förderung von Familien
182 mit Kindern und Alleinerziehenden ersetzen.

183 VARIANTE 1: Dabei soll für Paare, die nach einer Reform heiraten oder sich verpartnern, das
184 neue Recht gelten. Für Paare, die bereits verheiratet oder verpartnert sind, bleibt das alte
185 Recht mit Ehegattensplitting bestehen.

186 VARIANTE 2: Dabei soll für Paare, die nach einer Reform heiraten oder sich verpartnern, das
187 neue Recht gelten. Für Paare, die bereits verheiratet sind, wird die Individualbesteuerung
188 schrittweise in einem Übergangszeitraum von 10 bis 20 Jahren eingeführt.

189 Die Reform des Ehegattensplittings wird mit Verbesserungen bei den Leistungen für Familien
190 mit Kindern und Alleinerziehenden verknüpft, die sicherstellen, dass Ehen mit Kindern keine
191 Nachteile erfahren.

192 Wir wollen weiterhin anerkennen, dass Paare, sei es in der Ehe oder in einer
193 Lebenspartnerschaft oder einfach zu zweit, in vielfältiger Weise Verantwortung füreinander
194 übernehmen. Aufwendungen für den Lebensunterhalt sollen daher zumindest in Höhe des
195 Grundfreibetrags steuerfrei gestellt werden. Wenn beide Eltern arbeiten, entstehen
196 beispielsweise Kosten für die Betreuung der Kinder. Auch diese gemeinsamen Aufwendungen
197 sollen zugunsten beider Eltern steuerlich absetzbar sein. Es könnte darüber hinaus sinnvoll
198 sein, auch freiwillige Beiträge für die Altersvorsorge oder die Krankenversicherung
199 anzuerkennen.

200 **Wir stärken Familien, unterstützen Alleinerziehende und** 201 **fördern Kinder**

202 Wir wollen, dass alle Kinder gut aufwachsen und ihre Talente verwirklichen können. Doch
203 aktuell leben fast drei Millionen Kinder in Deutschland in Armut oder sind von Armut
204 bedroht. Jedes zweite davon lebt in einem Alleinerziehenden-Haushalt. Deutschland schafft es
205 nicht, Chancengerechtigkeit und echte Teilhabe aller von Anfang an zu ermöglichen. Das ist
206 zutiefst ungerecht. Dafür braucht es eine effektive Strategie, die unterstützende und
207 befähigende Infrastruktur und Geldleistungen klug miteinander kombiniert.

208 Alleinerziehende tragen heute das größte Armutsrisiko. Dabei gehören sie zu den
209 Leistungsträger*innen in unserem Land. Wir wollen, dass sie besser dabei unterstützt werden,
210 Erwerbsarbeit und Familie miteinander zu vereinbaren und ihre Kinder zu unterstützen. Allen
211 voran bedeutet das für uns, Kinderarmut effektiv zu bekämpfen. Die Regelbedarfe für Kinder
212 (und ihre Eltern) sollen so erhöht werden, dass sie deren Bedarf tatsächlich decken.

213 VARIANTE 1: Kindergrundsicherung. Wir stehen für die Familienvielfalt und eine gerechte
214 Familienförderung. Wir wollen die Benachteiligung von Alleinerziehenden und unverheirateten
215 Paaren abschaffen und Familien mit Kindern entlasten. Alle Kinder sollen künftig Anspruch
216 auf die gleiche materielle Förderung in Höhe des höchsten Regelsatzes für Jugendliche
217 (derzeit 306 Euro) haben – unabhängig vom Einkommen der Eltern. Eltern mit höheren Einkommen
218 erhalten derzeit über die Kinderfreibeträge vom Staat eine höhere Unterstützung für ihr Kind
219 als Eltern mit Anspruch auf Kindergeld. Durch die Kindergrundsicherung sollen Kindergeld,
220 Kinderfreibeträge und Kinderregelsatz zu einer unbürokratischen Leistung zusammenfasst
221 werden. Diese Reform gilt für alle Neu-Ehen, alle Alleinerziehenden und unverheirateten
222 Paare. Die Kindergrundsicherung kombinieren wir mit der Reform des Ehegattensplittings.
223 Bestehende Ehen erhalten eine Günstigerprüfung vom Finanzamt und können die für sie bessere
224 Variante wählen: entweder das alte Ehegattensplitting inklusive Kinderfreibeträgen und
225 Kindergeld oder die Individualbesteuerung mit neuer Kindergrundsicherung. So wird keine

226 Familie schlechter, aber insbesondere Familien mit kleinen und mittleren
227 Einkommendeutlich besser gestellt. Insbesondere Alleinerziehende profitieren von unserer
228 Kindergrundsicherung.

229 VARIANTE 2: Jedes Kind ist uns gleich viel wert, ganz gleich, in welcher Familienform es
230 aufwächst. Wir sorgen dafür, dass alle Kinder ein gesichertes Existenzminimum haben. Wir
231 bekämpfen effektiv Kinderarmut. Wir entlasten die Familien der Mittelschicht. Wir stärken
232 Alleinerziehende. Wir erreichen dieses Ziel durch einen einkommensabhängigen Bonus zum
233 Kindergeld (KindergeldBonus), so dass im Ergebnis bei allen Kindern ihr Existenzminimum
234 gedeckt ist. Aktuell hat der Bund diesen Mindestbedarf mit 384 Euro definiert. Wir bekämpfen
235 Kinderarmut, indem Familien mit kleinem Einkommen den Bonus in voller Höhe erhalten. Das ist
236 nicht nur eine eindeutige finanzielle Verbesserung, sondern auch unbürokratisch, da diese
237 Hilfe direkt geleistet wird. Damit Eltern nicht wegen ihrer Kinder in den Hartz IV Bezug
238 rutschen, gibt es bisher Hilfe nur auf Antrag. Diese Hürde nimmt heute aber nicht mal ein
239 Drittel der Berechtigten. Der Rest lebt de facto unter dem Existenzminimum in verdeckter
240 Armut. Damit ist in Zukunft Schluss. Wir bekämpfen Kinderarmut, indem wir zudem den
241 Kinderregelsatz so erhöhen, dass er die Bedarfe von Kindern für ein gutes Aufwachsen
242 wirklich deckt. Wir entlasten Familien der Mittelschicht, da der KindergeldBonus mit
243 steigendem Einkommen nur schrittweise und geringfügig sinkt. Kinder zu haben darf kein
244 Armutsrisiko mehr sein. Wir stärken Alleinerziehende, indem sie durch den KindergeldBonus
245 eine gerechte Absicherung ohne zeitliche Begrenzung erhalten. Alleinerziehende, die keinen
246 oder zu wenig Unterhalt für ihre Kinder erhalten, sind heute auf den Unterhaltsvorschuss
247 angewiesen. Den gibt es aber nur maximal 6 Jahre und nur bis die Kinder 12 Jahre alt sind.
248 Außerdem wird ihnen das Kindergeld voll abgezogen. All diese Ungerechtigkeiten werden durch
249 den KindergeldBonus beendet. Mit diesem Einstieg in die grüne Kindergrundsicherung wird
250 jedem Kind endlich sein Grundrecht auf eine würdige Existenz ermöglicht.

251 Der eigene, existenzsichernde Job ist immer noch die beste Absicherung gegen Armut. Häufig
252 ist der Weg dorthin aber für Alleinerziehende und gering verdienende Eltern sehr schwierig.
253 Deswegen sind sie in besonderem Maße auf verlässliche und gute Betreuungs- und
254 Bildungsangebote für ihre Kinder angewiesen. Aus- und Weiterbildungen in Teilzeit können ein
255 Weg für Alleinerziehende sein, wieder einen existenzsichernden Arbeitsplatz zu finden. Dabei
256 muss gewährleistet sein, dass in diesen Phasen das Existenzminimum von Alleinerziehenden und
257 ihren Kindern ohne großen bürokratischen Aufwand durch lückenlose Leistungen gesichert ist.
258 Wiedereinstiegshilfen nach der Babypause oder einer längeren Elternzeit wollen wir
259 verbessern.

260 Daneben bleibt eine finanzielle staatliche Absicherung für den Fall notwendig, dass kein
261 oder nur unvollständiger Kindesunterhalt geleistet wird. Wir wollen die Eltern nach einer
262 Trennung aber nicht aus der Verantwortung für ihre Kinder entlassen. Es ist wichtig, dass
263 die staatliche Unterstützung im Fall von ausbleibendem Kindesunterhalt vom
264 unterhaltspflichtigen Elternteil wirksam zurückgefordert wird.

265 Wir wollen es zudem Familien erleichtern, Kinder und Beruf miteinander zu vereinbaren.
266 Zeitliche Engpässe ergeben sich nicht nur bei Familien mit Kleinkindern, sondern begleiten
267 Familien und Alleinerziehende bis die Kinder auf eigenen Füßen stehen. Wir wollen für mehr
268 Flexibilität und Entscheidungsspielräume sorgen, so dass Eltern und Alleinerziehende mit der
269 KinderzeitPlus partnerschaftliche Anreize für die Kinderbetreuung erhalten.

270 **Wir wollen gute Arbeit und faire Löhne für alle**

271 Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Die
272 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat zugenommen und die Nachfrage nach
273 Beschäftigten ist weiterhin hoch. Aber längst nicht alle Menschen wurden von dieser guten
274 Entwicklung mitgenommen. Vor allem Arbeitsuchende und Langzeitarbeitslose haben kaum
275 profitiert.

276 Auch andere Probleme am Arbeitsmarkt sind ungelöst. Ein Viertel der Beschäftigten sind in
277 Deutschland atypisch beschäftigt, darunter fast dreimal so viele Frauen wie Männer. Das sind
278 nahezu acht Millionen Menschen, die entweder in kleinen Teilzeitjobs, Leiharbeit,
279 befristeter Beschäftigung oder in Minijobs arbeiten. Dazu kommen Scheinselbständige und
280 Abrufkräfte. Nicht alle diese Jobs sind problematisch. Allerdings zeigt sich, dass diese
281 Beschäftigungsverhältnisse oft unsicher sind, schlecht entlohnt werden, zu Altersarmut
282 führen und viel zu selten Brücken in auskömmliche, sichere Beschäftigung darstellen. Daneben
283 stehen wir vor neuen Herausforderungen. Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt. Neue
284 Arbeitsformen wie Cloud- oder Crowdfunding sind entstanden, unsere Arbeit wird insgesamt
285 vernetzter und mobiler und flexibler. Diesen Prozess wollen wir gestalten. Wir wollen faire
286 Arbeit schaffen, Selbständigkeit unterstützen, Zugänge und Teilhabe sichern, die sozialen
287 Netze für die neuen Erwerbsbiografien fit machen und Rahmenbedingungen schaffen, die es
288 Frauen und Männern ermöglichen, Arbeit und Familie besser und gleichberechtigter in Einklang
289 zu bringen. Außerdem wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, so dass
290 Unternehmen auch in Zukunft gute Arbeitsplätze schaffen können und setzen dabei
291 insbesondere auf fairen Wettbewerb.

292 **Faire Löhne und sichere Beschäftigung**

293 Der allgemeine Mindestlohn ist ein Meilenstein, für den wir lange gekämpft haben. Von der
294 Lohnuntergrenze sind Langzeitarbeitslose und Jugendliche allerdings immer noch
295 ausgeschlossen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese diskriminierenden und ungerechten
296 Ausnahmen abgeschafft werden.

297 Mit einem Gesetz für mehr Entgeltgleichheit, das Unternehmen, Tarifpartner und Staat in die
298 Pflicht nimmt, wollen wir das ändern. Leiharbeit darf nicht länger dazu missbraucht werden,
299 geltende Tarifverträge zu umgehen und Lohnkosten einzusparen. Deshalb fordern wir für
300 Leiharbeitskräfte ab dem ersten Tag die gleiche Bezahlung wie für die Stammbesetzungschaft plus
301 eine Flexibilitätsprämie. Damit wird Leiharbeit auf ihre eigentliche Aufgabe – die
302 Abfederung von Auftragsspitzen – zurückgeführt und dies ohne eine bürokratische
303 Höchstüberlassungsdauer. Gleichzeitig muss Leiharbeit klar von echten Werk- oder
304 Dienstverträgen abgegrenzt und Scheinselbstständigkeit mit nachvollziehbaren und
305 rechtssicheren Kriterien wirkungsvoll unterbunden werden. Notwendig sind auch mehr
306 Mitbestimmungsrechte für die Betriebsrätinnen und Betriebsräte, wenn Fremdpersonal in ihren
307 Betrieben eingesetzt wird, denn zweifelhafte Werkvertragskonstruktionen dürfen tariflich gut
308 bezahlte Arbeit nicht ersetzen.

309 Viele befristet Beschäftigte können sich ihrer Vertragsverlängerung oder Entfristung nicht
310 sicher sein und vor allem junge Menschen müssen zu oft mit einer befristeten Beschäftigung
311 vorliebnehmen. So wird die Probezeit verlängert und der Kündigungsschutz umgangen. Darum
312 wollen wir Befristungen ohne sachlichen Grund abschaffen.

313 Minijobs sind keine Brücke in reguläre Beschäftigung und haben sich vor allem für Frauen oft
314 zur berufliche Sackgasse entwickelt. Wir wollen den Niedriglohnsektor reformieren, prekäre
315 Beschäftigung zurückdrängen und Minijobs durch sozialversicherungspflichtige
316 Beschäftigungsverhältnisse ersetzen.

317 In Deutschland gibt es nach wie vor einen geschlechtsspezifisch geteilten Arbeitsmarkt, in
318 dem Tätigkeiten im Pflege-, Sorge- und Sozialbereich, schlechter bezahlt werden. Die
319 Aufwertung typischer Frauenberufe in diesem Care-Sektor ist ein wichtiger Baustein hin zur
320 Lohngleichheit. Auf der strukturellen Ebene bedeutet das eine deutlich bessere Entlohnung,
321 Qualifizierung sowie bessere Arbeitsbedingungen, die die Selbstachtung der zu Versorgenden
322 respektieren und die Selbstausbeutung der Beschäftigten vermeiden. Hierzu gehört auch, dass
323 mehr Personal im Pflege- und Sorgebereich eingestellt wird. Wir fordern ein
324 bundeseinheitliches, verbindliches Personalbemessungsinstrument und die gleichwertige
325 Vergütung von Ausbildungen in diesen Berufen von Anfang an. Gut finanzierte Sorgearbeit
326 sichert unsere Zukunft und macht das Land (geschlechter-)gerechter.

327 Erwerbsarbeit muss sich lohnen. Gerade kleine Einkommen sind aber überproportional von den
328 Sozialabgaben betroffen. Damit besonders Geringverdienende mehr im Geldbeutel haben, wollen
329 wir sie bei den Sozialabgaben entlasten, ohne damit Leistungseinschränkungen zu verbinden.
330 Insgesamt wollen wir Steuern, Abgaben und soziale Leistungen so aufeinander abstimmen, dass
331 sich Erwerbsarbeit immer rechnet.

332 Mehr Selbstbestimmung, damit Arbeit gut ins Leben passt

333 Bisher haben vor allem die Arbeitgeber Ansprüche an die Flexibilität ihrer Beschäftigten
334 gestellt. Jetzt aber fordern die Beschäftigten mehr Zeitsouveränität, um Erwerbsarbeit und
335 Privatleben besser unter einen Hut zu bekommen. Dafür brauchen sie mehr Mitspracherechte
336 über den Umfang, die Lage und den Ort ihrer Arbeit. Durch Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40
337 Wochenstunden wollen wir Vollzeit neu definieren und zu einem flexiblen Arbeitszeitkorridor
338 umgestalten. Auch Betriebsräte sollen mehr Möglichkeiten erhalten, Betriebsvereinbarungen zu
339 Vereinbarkeitsfragen und für mehr Zeitsouveränität zu verhandeln. Damit können Frauen
340 leichter als bisher ihre Beschäftigung ausweiten und Männer in Teilzeit gehen, ohne
341 Karriereeinbußen und andere Nachteile fürchten zu müssen. Auch das Rückkehrrecht auf
342 Vollzeit muss endlich kommen, und das Arbeiten im Home-Office als Ergänzung zum Arbeitsplatz
343 soll leichter werden. Arbeitszeitreduzierungen wegen Kindererziehung (KinderZeitPlus), der
344 Pflege von Angehörigen (PflegeZeitPlus) und für eine Weiterbildung (BildungsZeitPlus) wollen
345 wir finanziell unterstützen.

346 Gesunde Arbeitsplätze fördern, Mitbestimmung stärken

347 Gut ist Arbeit nur dann, wenn sie nicht krank macht. Zu einer neuen Arbeitszeitkultur gehört
348 ein wirksamer Schutz vor Stress, Mobbing, psychischen Belastungen und Entgrenzung der
349 Arbeit. Zeitsouveränität darf nicht zu unbezahlter Mehrarbeit und Burnout führen. Dafür
350 braucht es einen modernen Arbeitsschutz und eine wirksame betriebliche Mitbestimmung, um
351 gesunde Arbeitsbedingungen zu schaffen. Vor dem Hintergrund einer verlängerten
352 Lebensarbeitszeit sowie des wachsenden Fachkräftebedarfs setzen wir und dafür ein,
353 Arbeitsplätze alters- und altersgerecht auszugestalten.

354 Entscheidend für gerechte Arbeitswelt sind ein funktionierendes Tarifvertragssystem und eine
355 wirkungsvolle Mitbestimmung. Sie ermöglichen faire Vereinbarungen zwischen
356 Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, zwischen dem Management und Beschäftigten –
357 passgenau je nach Branche, Region oder Betrieb. Deshalb wollen wir die Sozialpartnerschaft
358 und die Mitbestimmung wieder stärken und zukunftsfest machen. Die Lücken in der
359 Unternehmensmitbestimmung sollen geschlossen und die Gründung von Betriebsräten einfacher
360 werden. Mitbestimmung darf nicht durch Unternehmensverlagerungen oder -aufspaltungen
361 umgangen und in den Betrieben verhindert werden. Die Schwelle für die paritätische
362 Unternehmensmitbestimmung im Aufsichtsrat wollen wir von heute 2.000 auf 1.000 absenken. Die
363 Europäisierung der betrieblichen- und der Unternehmensmitbestimmung, zum Beispiel durch
364 europäische Betriebsräte, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Er muss konsequent

365 weitergegangen werden. Weil die Arbeitswelt digitaler wird, wollen wir auch das
366 Betriebsverfassungsgesetz fit machen für die Zukunft und an die Digitalisierung anpassen. So
367 erhalten Betriebs- und Personalräte Mitbestimmungsrecht über die Menge der Arbeit bzw. über
368 Zielvorgaben, wenn durch Vertrauensarbeitszeit die Arbeit entgrenzt wird und Mehrarbeit
369 entsteht.

370 Neue Arbeitsversicherung

371 Die Arbeitswelt und die Erwerbsbiografien werden nicht zuletzt durch die Digitalisierung
372 immer bunter. Mit diesen Veränderungen hat die Arbeitslosenversicherung nicht Schritt
373 gehalten. Sie orientiert sich nach wie vor am Normalarbeitsverhältnis. Das führt u.a. dazu,
374 dass fast jeder vierte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, der seine Arbeit verliert,
375 trotz Beitragszahlungen sofort in das Hartz-IV-System fällt. Das wollen wir ändern: Wer
376 Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzahlt, der muss einen angemessenen Anspruch auf
377 Arbeitslosengeld erhalten.

378 Wir wollen die Arbeitslosenversicherung so weiterentwickeln, dass alle Erwerbstätigen gut
379 abgesichert sind – ganz gleich, ob sie abhängig beschäftigt oder selbstständig sind, ob sie
380 auf Zeit, in Projekten oder an mehreren Stellen gleichzeitig arbeiten. Gerade wer flexibel
381 arbeitet oder ein Unternehmen aufbaut, braucht einen verlässlichen Schutz

382 Neben den Arbeitsformen wandeln sich auch die Arbeitsinhalte immer rascher. Deswegen wird
383 die kontinuierliche berufliche Weiterbildung beständig wichtiger. Hieraus ergeben sich auch
384 neue Aufgaben für Arbeitsagenturen und Jobcenter. Sie sollen Beschäftigte nicht erst im
385 „Versicherungsfall Arbeitslosigkeit“ unterstützen, sondern bereits vorbeugend qualifizieren,
386 um Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

387 Wir wollen die heutige Arbeitslosenversicherung und die Grundsicherung perspektivisch zu
388 einer umfassenden Arbeitsversicherung umbauen, die für Beschäftigte und Selbstständige da ist.
389 Sie soll Schutz bieten, beim Wiedereinstieg in Arbeit helfen und präventiv zur Vermeidung
390 von Arbeitslosigkeit beitragen.

391 Sicherheit in der Selbständigkeit

392 Für immer mehr Menschen ist die Selbständigkeit eine Option – auf Dauer, vorübergehend oder
393 neben einer abhängigen Beschäftigung. Um die notwendige soziale und ökologische
394 Modernisierung zu meistern, brauchen wir auch die innovative Kraft von Gründerinnen und
395 Gründern. Wir wollen darum alle, die den mutigen Schritt in die Selbständigkeit wagen,
396 dabei unterstützen, sich besser und einfacher abzusichern.

397 Gesetzlich versicherte Selbständige wollen wir bei den Kranken- und
398 Pflegeversicherungsbeiträgen mit geringeren Mindestbeiträgen entlasten. Die freiwillige
399 Arbeitslosenversicherung für Selbstständige soll wieder erschwinglicher werden, für alle
400 Selbstständigen geöffnet und gerechter ausgestaltet werden. Wahltarife sollen dabei mehr
401 Flexibilität für Selbstständige ermöglichen. Außerdem wollen wir alle nicht anderweitig
402 abgesicherten Selbstständigen in die gesetzliche Rente einbeziehen und ihnen eine größere
403 Beitragsflexibilität als heute ermöglichen, etwa durch ein Vorauszahlen von Beiträgen in
404 guten und ein Nachzahlen in schlechten Zeiten. Wir stehen ohne Wenn und Aber zur
405 Künstlersozialkasse.

406 Nicht nur die digitale Arbeitswelt braucht eine klare Definition von Selbständigkeit. Immer
407 mehr Menschen arbeiten heute formal selbständig, aber ähnlich wie Angestellte auf Basis von
408 Dienst- oder Werkverträgen. Die einen genießen die damit verbundenen Freiheiten. In manchen
409 Fällen handelt es sich aber schlicht um Scheinselbständigkeit. Notwendig sind deshalb klare
410 - an eine moderne Arbeitswelt angepasste - Kriterien, die gezielt Scheinselbständigkeit

411 verhindern, aber die echten Selbstständigen in ihrer Tätigkeit nicht behindern. So kann mehr
412 Sicherheit für die Selbstständigen und die Unternehmen entstehen und die Zahl der
413 Statusfeststellungsverfahren deutlich reduziert werden.

414 Dumpinghonorare dürfen in der modernen digitalen Arbeitswelt keinen Platz haben.
415 Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sind gleichermaßen gefordert,
416 Mindestarbeitsbedingungen und Honorare für Selbständige in ihre Tarifabschlüsse
417 einzubeziehen. Analog zu Mindestlöhnen, die nur abhängig Beschäftigten zustehen, wollen wir
418 auch branchenspezifische Mindesthonorare ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir prüfen,
419 inwieweit ein Mindestlohn auf Selbständige übertragbar ist, zum Beispiel durch ein
420 Mindesthonorar für bestimmte Dienstleistungen. Auch für Online-Plattformen braucht es Regeln
421 für ein faires Miteinander durch bessere AGBs und durch eine Art Interessensvertretung für
422 die Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer. Der Beschäftigtendatenschutz muss auch für
423 selbständig Erwerbstätige gelten, die für Unternehmen und in der Crowd arbeiten.

424 Zugänge schaffen

425 Trotz Beschäftigungsbooms ist die Zahl der Arbeitslosen weiterhin hoch. Gerade
426 Langzeitarbeitslose finden wegen eines fehlenden Berufsabschlusses keine neue Stelle. Wir
427 wollen Jobcenter und Agenturen so ausstatten, dass alle Arbeitslosen optimal betreut und
428 zusammen mit ihnen passgenaue Strategien entwickelt werden können, um die Arbeitslosigkeit
429 nachhaltig zu beenden. Dazu gehören vor allem Qualifizierungen, Sprachförderung,
430 Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse. So gelingen Zugänge in Arbeit - auch für Menschen
431 mit Behinderungen, Migranten und andere auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen.

432 Teilhabe ist für viele untrennbar mit Erwerbsarbeit verbunden. Es gibt aber Arbeitslose, die
433 absehbar keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Sie brauchen einen verlässlichen
434 Sozialen Arbeitsmarkt. Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren, damit auch
435 Arbeitslose mit besonders schwerwiegenden Problemen wieder Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen
436 – schrittweise und nachhaltig.

437 Der Zugang von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt ist eine elementare Voraussetzung für eine
438 erfolgreiche Integration. Darum müssen wir die verbliebenen Hürden zügig abbauen und
439 Geflüchtete so früh wie möglich in Ausbildung und Arbeit bringen. Alle Asylsuchenden sollen
440 sofort nach ihrer Ankunft damit beginnen können Deutsch zu lernen und so früh wie möglich
441 einen Anspruch auf Teilnahme an den Integrationskursen bekommen. Diesen Teilnahmeanspruch
442 müssen auch Geduldete unabhängig vom Duldungsgrund erhalten.

443 **Wir kämpfen für eine armutsfeste Grundsicherung**

444 Wir setzen uns für eine Grundsicherung ein, die das soziokulturelle Existenzminimum für
445 alle gewährleistet, damit niemand zurückgelassen wird. Eine Gesellschaft, die zusammenhalten
446 soll, muss zu aller erst darauf achten, dass denjenigen geholfen wird, die sich nicht selbst
447 helfen können. Soziale Sicherheit ist die Voraussetzung für gesellschaftliches Engagement.
448 Sie ist die Basis dafür, dass sich Menschen einmischen wollen und können.

449 Der ALG-II-Regelsatz muss auf einer neuen Grundlage berechnet und erhöht werden, so dass man
450 menschenwürdig davon leben kann. Für Kinder und Jugendliche gilt, dass die Regelbedarfe so
451 anzusetzen sind, dass sie den tatsächlichen Bedarf decken, auch den zur Teilhabe an Bildung
452 und Kultur. Erforderlich ist auch eine einfache Lösung zur Deckung der Bedarfe von Kindern,
453 die zwischen den Haushalten ihrer getrennt lebenden Eltern wechseln.

454 Das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften benachteiligt vor allem Frauen und zementiert ihre
455 finanzielle Abhängigkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundsicherung zu einer
456 individuellen Leistung weiterentwickelt wird, indem die Einkommensanrechnung von
457 Partnerinnen und Partnern in Paarhaushalten bei der Grundsicherung wie bei der Sozialhilfe
458 erfolgt.

459 Die Sanktionen wollen wir bis zu ihrer umfassenden Evaluierung und der Stärkung der Rechte
460 der Arbeitsuchenden aussetzen. Die Sonderregeln bei den Sanktionen für unter 25-Jährige
461 wollen wir gänzlich abschaffen, sowie die Kosten der Unterkunft und Heizung immer von
462 Sanktionen ausnehmen. Grundsätzlich müssen die Sanktionen so ausgestaltet werden, dass der
463 Grundbedarf unangetastet bleibt.

464 Wir wollen, dass das Grundrecht auf Existenzsicherung zuverlässiger wahrgenommen werden
465 kann. Es muss zudem verständlicher werden, auf welche Leistungen Personen in welcher
466 Situation Anspruch haben. Die Jobcenter müssen sich auf jene Bürgerinnen und Bürger
467 konzentrieren können, die tatsächlich die Beratung und Unterstützung benötigen. Dafür wollen
468 wir die Jobcenter von unnötiger Bürokratie befreien.

469 Wir wollen verhindern, dass Menschen allein deshalb bedürftig werden, weil sie Kinder haben,
470 sich ihre Wohnung nicht leisten können oder das BAföG nicht reicht. Deshalb stärken wir die
471 materielle Absicherung außerhalb der Grundsicherung, indem wir die materielle Absicherung
472 von Kindern, das Wohngeld, das BAföG und die Berufsausbildungshilfe verbessern.

473 **Wir stärken unsere Kommunen und investieren in unsere** 474 **Infrastruktur**

475 Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass jede und jeder die gleiche Freiheit hat, etwas
476 erreichen zu können – unabhängig davon, wo die Menschen in Deutschland wohnen. Doch diese
477 Freiheit lebt von Voraussetzungen. Dazu gehört allem voran der Zugang zu guten öffentlichen
478 Einrichtungen. Gerade wer benachteiligt und arm ist, ist in besonderem Maße auf den Zugang
479 zu guten Kitas, Schulen, Bibliotheken, Jobcentern, Gesundheitsversorgung und einem
480 funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr angewiesen.

481 Doch unsere Städte und Gemeinden sind sehr verschieden. Steuereinnahmen, Museen und Theater,
482 sanierte Schulen und intakte Quartiere sorgen in vielen Orten für eine hohe Lebensqualität.
483 Marode Turnhallen, geschlossene Büchereien, schimmelige Schwimmbäder und Mangelverwaltung
484 konzentrieren sich in anderen. Der im Grundgesetz verankerte Grundsatz der Gleichwertigkeit
485 der Lebensverhältnisse kann im direkten Vergleich zwischen ausgewählten Regionen in Zweifel
486 gezogen werden. Hier wollen wir gegensteuern und Kommunen stärken. Unser Anspruch ist, dass
487 Städte und Gemeinden vor Ort die Lebensbedingungen aktiv gestalten können. Auch die aktuelle
488 Herausforderung der Integration von Geflüchteten verdeutlicht, dass wir die Orte stärken
489 müssen, wo Integration gelingen soll – vor Ort in unseren Städten und Gemeinden.

490 Deshalb wollen wir, dass unseren Städte und Gemeinden nicht weiter mit immer neuen Aufgaben
491 belastet werden, ohne dass dafür das notwendige Geld zur Verfügung gestellt wird. Wir
492 wollen, dass der Bund sich stärker bei den sozialen Pflichtaufgaben engagiert. Spürbare
493 Entlastungen von Sozialausgaben erleichtern gerade struktur- und finanzschwachen Kommunen
494 das tägliche Handeln. Die Einnahmen der Kommunen wollen wir mit der Weiterentwicklung der
495 Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer verlässlicher machen.

496 Finanzschwache Kommunen investieren bis zu einem Drittel weniger und es fällt ihnen
497 schwerer, die vorhandene Infrastruktur zu erhalten. Der kommunale Investitionsstau im
498 dreistelligen Milliardenbereich konzentriert sich auf die finanziell Gebeutelten. Wir wollen

499 deshalb einen Investitionspaket für die Zukunft auf den Weg bringen, der die Auflösung des
500 Investitionsstaus, Gerechtigkeit und Ökologie zusammen denkt. Zusätzliche öffentliche
501 Aufträge für unsere Wirtschaft schaffen neue Arbeitsplätze und führen zusammen mit mehr
502 sozialer Teilhabe zu mehr Wohlstand und Lebensqualität. Auch für unsere Kinder, denen wir
503 eine gute Infrastruktur hinterlassen wollen.

504 Mit einem fünfjährigen Schulsanierungsprogramm in Höhe von zehn Milliarden Euro wollen wir
505 den Investitionsstau in den Kommunen lösen und vor allem unsere Bildungsinfrastruktur
506 verbessern. Mit dem Grünen Wärmepaket fördern wir mit sieben Milliarden Euro jährlich die
507 Umstellung auf klimafreundliche Wärme. Wir investieren in nachhaltige öffentliche Mobilität:
508 Auf dem Land gewährleistet ein regelmäßiger Bus- und Bahnverkehr die Teilhabe am
509 öffentlichen Leben, in den Städten finanzieren wir sichere Radwege und einen zuverlässigen
510 Nahverkehr.

511 Wir wollen den Solidaritätszuschlag ab 2019 neu ausrichten. Ziel muss sein, finanzschwache
512 Länder und Regionen zu unterstützen – und zwar unabhängig von Himmelsrichtungen. Damit soll
513 der maroden Infrastruktur, sowie den hohen Schuldenständen und Zinslasten zahlreicher
514 Kommunen nachhaltig entgegengewirkt werden. Wir wollen dadurch auch eine nachhaltige Lösung
515 für bestehende kommunale Altschulden gewährleisten und ermöglichen so hochverschuldeten
516 Städten einen Neustart.

517 **Wir schaffen bezahlbare Wohnungen**

518 Unsere Wohnungen dürfen keine reinen Spekulationsobjekte sein. Sie sind unsere Heimat.
519 Bezahlbares Wohnen ist heute in vielen Städten zu einer der großen sozialen Herausforderung
520 geworden, vor allem für Geringverdiener*innen, Familien, Alleinerziehende oder Menschen mit
521 geringer Rente. Immer mehr Menschen benötigen staatliche Unterstützung, um sich ihre Wohnung
522 überhaupt leisten zu können. Andere werden ganz aus ihrem vertrauten Umfeld vertrieben. Es
523 gibt zu wenig bezahlbaren und günstigen Wohnungen. Investoren aber schauen auf eine
524 möglichst hohe Rendite, günstigen Wohnungen jedoch schaffen sie kaum. In den letzten zehn
525 Jahren haben wir über eine Million Sozialwohnungen an den freien Markt verloren, während der
526 Bedarf stetig steigt. Immer mehr Finanzinvestoren kontrollieren den Wohnraum in unseren
527 Städten und setzen ihre Macht gegen die Interessen der Mieter ein.

528 Wir Grüne begreifen Wohnen als Teil der Daseinsvorsorge und wollen den Negativ-Trend
529 umkehren. Dafür wollen wir binnen zehn Jahren eine Million dauerhaft günstige Wohnungen
530 schaffen. Deshalb muss der Bund zurück in die Verantwortung – mit der Wiedereinführung der
531 Wohnungsgemeinnützigkeit. Diese bietet Vorteile und Unterstützung für private Investoren,
532 kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, die günstigen Wohnraum schaffen. Im
533 Gegenzug verpflichten sie sich dazu, diesen günstigen Wohnraum dauerhaft zu erhalten.
534 Zusätzlich fordern wir, die Mittel des Bundes für die Wohnraumförderung der Länder auf
535 mindestens zwei Milliarden Euro zu erhöhen.

536 Die Mietpreisbremse müssen wir scharf stellen, indem wir die vielen Ausnahmen streichen.
537 Denn die Mini-Mietpreisbremse der großen Koalition hat an explodierenden Mieten in
538 Großstädten nichts geändert. Sie ist lückenhaft und bietet keinen ausreichenden Schutz für
539 Mieterinnen und Mieter. Das Mietrecht, gedacht als Ausgleichsinstrument zwischen
540 Mieter*innen und Vermieter, hat seine Balance verloren. Deshalb bedarf es Änderungen, die
541 Mieterhöhungen begrenzen, den unverschuldeten Verlust der Wohnung verhindern und die
542 Mietpreisbremse zu einem robusten Schutzinstrument weiterentwickeln. Der Bund darf sich
543 nicht länger als Immobilienspekulant betätigen, sondern soll Liegenschaften vergünstigt
544 abgeben, wenn das städtebaulich oder wohnungspolitisch erforderlich ist.

545 Wir denken als Einzige energetische Sanierungen und soziale Fragen zusammen. Durch eine
546 energetische Sanierung können die Heizkosten spürbar gesenkt werden, denn ein unsanierter
547 70er-Jahre Bau verbraucht bis zum Dreifachen von einem Haus mit einem guten energetischen
548 Standard. Doch längst hat der Stillstand in der Wärmepolitik auch soziale Folgen und die
549 warme Wohnung wird für viele Menschen unbezahlbar.

550 Um die Umstellung auf klimafreundliche Wärme zu fördern, legen wir ein ambitioniertes
551 Investitionsprogramm auf. Ein großer Teil davon geht in die warmmietenneutrale energetische
552 Modernisierung von Wohnungen in Vierteln, in denen viele Menschen mit kleinen Einkommen
553 wohnen. Außerdem unterstützen wir durch dieses Grüne Wärmepaket weitere
Energiesparmaßnahmen
554 und den Einsatz von erneuerbarer Wärme. So schaffen wir faire Wärme und gute Jobs.

555 Energetische Modernisierungen müssen sozialverträglich erfolgen. Mieterinnen und Mieter
556 dürfen nicht durch Luxussanierungen verdrängt werden. Deshalb wollen wir die sogenannte
557 Modernisierungsumlage, die es Vermietern erlaubt, die Kosten einer Sanierung auf ewig auf
558 die Mieter umzulegen, deutlich kappen. So wird vermieden, dass energetische Sanierungen als
559 Preistreiber missbraucht werden können.

560 Das Wohngeld wollen wir als ein der Grundsicherung und Sozialhilfe vorgelagertes System
561 stärken. Zudem wollen wir es um ein Klimawohngeld ergänzen, das Mieter*innen zusätzlich
562 unterstützt, die in klimafreundlichen Häusern wohnen. Außerdem fordern wir seit Jahren eine
563 automatische Anpassung des Wohngeldes, das sich an der Preissteigerung orientiert. Wir
564 prüfen die Möglichkeit, den Vermögensaufbau, Wohnungseigentum und die Altersvorsorge von
565 Menschen mit wenig Einkommen durch Teilhabe an Genossenschaften oder Bauvereinen zu
566 unterstützen.

567 Wir wollen, dass große Wohnungsgesellschaften und Investoren nicht länger die
568 Grunderwerbsteuer umgehen können, während der Käufer eines Eigenheims diese voll bezahlen
569 muss. Deshalb schaffen wir die steuerliche Privilegierung von Share Deals in ihrer
570 bisherigen Form ab.

571 **Wir setzen auf das Prinzip Bürgerversicherung**

572 Wir GRÜNE wollen die sozialen Sicherungssysteme verlässlich, solidarisch und gerecht
573 gestalten. Die Basis der sozialen Absicherung ist eine starke Sozialversicherung, die allen
574 Bürgerinnen und Bürgern nach den gleichen Regeln Schutz garantiert. Gegenwärtig ist die
575 soziale Absicherung in Deutschland in mehrere Einzelsysteme zergliedert. Im Ergebnis sind
576 viele Menschen im Alter nicht so abgesichert oder werden im Krankheitsfall nicht so
577 versorgt, wie es notwendig ist. Während in der Krankenversicherung eine Zweiklassenmedizin
578 herrscht, existieren in der Altersversorgung gleich mehrere Systeme mit ganz
579 unterschiedlichen Versorgungsniveaus parallel nebeneinander.

580 Beiträge zu den Sozialversicherungen fallen heutzutage fast ausschließlich auf Löhne,
581 Gehälter, Renten und Arbeitslosengeld an. Einkunftsarten wie Aktiengewinne und
582 Kapitalerträge, die eine zunehmende Bedeutung haben, werden hingegen nicht berücksichtigt.
583 Dadurch müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner aber auch
584 Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld eine immer größer werdende Last alleine
585 stemmen.

586 Mit dem Prinzip der Grünen Bürgerversicherung wollen wir die bestehenden Ungerechtigkeiten
587 bei der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung beenden. Die Idee der Bürgerversicherung
588 beinhaltet, dass alle Bürgerinnen und Bürger unter der Berücksichtigung aller Einkunftsarten

589 in die sozialen Sicherungssysteme einbezogen werden. So sind sie gut abgesichert und
590 versorgt und können sich entsprechend ihres Einkommens an der Finanzierung beteiligen. Diese
591 breitere Basis führt dazu, dass auch die künftigen Generationen bezahlbare Beiträge und eine
592 gute Leistungen erwarten können. Das Prinzip der Bürgerversicherung ist somit nicht nur ein
593 Beitrag für Gerechtigkeit und Solidarität, sondern auch eine entscheidende Antwort auf die
594 Frage der stabilen und verlässlichen Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme.

595 **Wir schaffen die Zwei-Klassen-Medizin ab**

596 Wir wollen Klasse Medizin für alle, so dass alle Versicherten die Versorgung bekommen, die
597 ihnen hilft. In einigen Regionen wird es bereits schwer, überhaupt einen Arzt oder eine
598 Ärztin zu finden, weil manche sich auf Grund eines ungerechten Systems eher dort
599 niederlassen, wo viele privat Versicherte leben. Auch schultern die Versicherten die
600 Kostensteigerungen im Gesundheitswesen über den Zusatzbeitrag derzeit alleine. Doch auch
601 Privatversicherte sind nicht immer besser dran. Alte und kranke Menschen zahlen hier mehr
602 als Junge und Gesunde. Kinder sind nicht automatisch mitversichert und gering Verdienende
603 zahlen genauso viel wie Versicherte mit hohem Einkommen. Die Konsequenz: Gerade für privat
604 Versicherte mit geringem Einkommen wie Rentnerinnen und Rentner oder Soloselbständige wird
605 ihre Versicherung zur Last. Wer sich die steigenden Beiträge nicht mehr leisten kann, muss
606 eine schlechtere Versorgung oder höhere Eigenbeteiligungen in Kauf nehmen. Versicherten der
607 privaten Krankenkassen werden häufig Behandlungen angedreht, die für sie gar keinen Nutzen
608 haben oder ihnen sogar schaden können. Dazu kommen die mangelnden Wechselmöglichkeiten.
609 Privatversicherte sind in der Regel wegen der Altersrückstellungen an ihre Kasse gebunden.
610 Kurzum: Die Zwei-Klassen Medizin trifft viele Menschen – gleich ob privat oder gesetzlich
611 versichert.

612 Wir wollen die gesetzliche und private Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung
613 weiterentwickeln. Die Stärken der heutigen Krankenversicherung werden bewahrt, ihre
614 Schwächen beseitigt. In der Bürgerversicherung stehen Starke für Schwächere ein, Gesunde für
615 weniger Gesunde und Junge für Alte – diese wichtigen Prinzipien wollen wir festigen. Mit der
616 Bürgerversicherung stärken wir den Zusammenhalt in unserem Land.

617 Wir wollen die ungerechten Zusatzbeiträge so schnell wie möglich abschaffen und die
618 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wieder zur Hälfte an den Krankenversicherungsbeiträgen
619 beteiligen. Bei den Arzthonoraren soll nicht mehr zwischen gesetzlichen und privaten
620 Versicherten unterschieden werden. Zuzahlungen für Medikamente und andere
621 Selbstbeteiligungen wollen wir abschaffen. Im Wartezimmer wird so es keine Rolle mehr
622 spielen, wo die Patientinnen und Patienten versichert sind. Termine werden dann nach der
623 Notwendigkeit und nicht nach dem Geldbeutel vergeben, so dass gute Qualität für alle da ist.
624 Nicht „Viel hilf viel“, sondern Qualität, die bei den Patientinnen und Patienten ankommt,
625 soll der Maßstab guter Versorgung werden.

626 Die Gesundheits-Bürgerversicherung gibt den Versicherten bessere Wahlmöglichkeiten und ist
627 ein treuer Begleiter für das ganze Leben. Sie passt sich den unterschiedlichen Lebensphasen
628 ihrer Versicherten an. Niemand muss bei Krankheit oder im Alter unbezahlbare Beiträge und
629 eine schlechtere Versorgung befürchten. Ist beispielsweise das Gehalt oder der Gewinn bei
630 Selbständigen nicht so hoch, fallen geringere Beiträge an. Werden Kinder geboren, sind diese
631 automatisch mitversichert. Ohne zusätzliche Beiträge. Und wenn etwa auf Grund zu pflegender
632 Angehöriger oder wegen der Kinder Ehe- oder Lebenspartner zu Hause bleiben, sind diese
633 ebenfalls kostenfrei mitversichert. Zwischen den Kassen gibt es Wettbewerb vor allem um die
634 beste Qualität. Stimmen Qualität und Service nicht mehr oder ist der Beitrag zu hoch können
635 Versicherte die Kasse einfach wechseln.

636 Wir setzen uns dafür ein, die Gesundheitsversorgung stärker vor Ort zu verankern, so dass
637 auch die Bürgerinnen und Bürger mehr Einfluss auf die Ausgestaltung erhalten. Die
638 Bedürfnisse der Menschen werden so besser erkannt und es wird klar, wo Gesundheit mehr
639 gefördert oder die Versorgung verbessert werden kann. Mit einem größeren Einfluss der
640 Kommunen und Regionen bei der Gesundheitsversorgung sehen wir die Chance, diesen Sektor
641 übergreifend zu organisieren und etwa Hürden zwischen ambulanten Einrichtungen und
642 Krankenhäusern zu überwinden. So erreichen wir, dass die Bedürfnisse der Patientinnen und
643 Patienten und ihre Gesundheit zum bestimmenden Maßstab werden und aus der reinen
644 Krankenversorgung eine echte Gesundheitsversorgung wird.

645 **Wir wollen, dass die Pflege menschlich bleibt**

646 Die Zahl der Menschen wächst, die Unterstützung und Pflege brauchen. Prognosen gehen davon
647 aus, dass sich die Zahl pflegebedürftiger Menschen bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln
648 könnte. Gleichzeitig sinkt die Zahl potenzieller Pflegepersonen. Auf diese Entwicklung zu
649 reagieren ist nach unserer Auffassung keine private, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe.
650 Im Mittelpunkt Grüner Pflegepolitik stehen dabei die Bedürfnisse der zu pflegenden Menschen.

651 Pflegende haben mehr Wertschätzung und Unterstützung verdient. Wir wollen, dass
652 Pfleger*innen besser bezahlt werden. Ein junger und frischer Ausbildungsberuf muss
653 entstehen, der es attraktiv macht, sich für die Pflege zu entscheiden. Denn die stark älter
654 werdende Gesellschaft verändert die Ansprüche, die eine professionelle Pflegekraft erfüllen
655 muss. Mit unserem Modell eines integrativ gestuften Ausbildungssystems bleibt der hohe Grad
656 an Fachlichkeit und Expertenwissen in den drei Pflegeberufen Kranken-, Alten- und
657 Kinderkrankenpflege erhalten.

658 Wir wollen Menschen besser unterstützen, die ihre Verwandten oder Freunde pflegen. Mit der
659 Grünen PflegezeitPlus ermöglichen wir eine bis zu dreimonatige Freistellung mit
660 Lohnersatzleistung für alle Menschen, die Verantwortung für pflegebedürftige Angehörige,
661 Nachbarn oder Freund*innen übernehmen. Denn Familie ist da, wo Verantwortung übernommen
662 wird, auch im Alter.

663 Mit unserem Quartierskonzept ermöglichen wir Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf
664 ein selbstbestimmtes Leben im vertrauten Umfeld. Ein zentraler Baustein des Konzeptes ist
665 es, Formen gegenseitiger Unterstützung wie bürgerschaftliches Engagement und
666 Nachbarschaftshilfe mit professionellen Gesundheits- und Präventionsangeboten sinnvoll zu
667 kombinieren. Außerdem geht es darum, das Wohnumfeld generationengerecht zu gestalten und die
668 Versorgung mit Dienstleistungen und Gütern des alltäglichen Bedarfs auch für Menschen mit
669 Pflegebedarf sicher zu stellen. Damit liefern wir einen Gegenentwurf zu großen Heimanlagen,
670 Vereinzelung, Entfremdung, zuweilen auch Verödung des Wohnumfeldes.

671 Die Pflegeversicherung wollen wir auf eine solide finanzielle Grundlage stellen und sie
672 ebenso wie die Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung umwandeln. Die Pflege-
673 Bürgerversicherung ist solidarisch und gerecht und hält die Beitragsentwicklung bis weit in
674 die Zukunft überschaubar.

675 **Wir bauen Barrieren für Menschen mit Behinderungen ab**

676 Wir GRÜNEN möchten unsere Gesellschaft zu einer inklusiven Gesellschaft weiter entwickeln,
677 so dass auch Menschen mit Beeinträchtigung selbstbestimmt leben können. Menschen mit und

678 ohne Behinderung sollen gleichermaßen teilhaben können, am Arbeitsmarkt wie im Quartier, in
679 der Schule wie in der Freizeit. Das ist für uns eine zentrale Frage der Gerechtigkeit.

680 Menschen sind nicht behindert, sie werden behindert durch Barrieren und Einschränkungen, die
681 wir als Gesellschaft aufbauen und entstehen lassen. Das reicht vom fehlenden Aufzug im Kino
682 bis hin zu großen Schwierigkeiten, einen Job zu finden. Vielen Menschen mit Behinderung wird
683 ein selbstbestimmtes Leben auch im Umgang mit dem Staat schwer gemacht, wenn sie
684 beispielsweise mit Ämtern um Leistungen kämpfen müssen oder von einer Stelle zur nächsten
685 verwiesen werden, wenn sich niemand zuständig fühlt. Wer Pech hat, kann vom Amt sogar
686 aufgefordert werden, die eigene Wohnung zu verlassen und in ein Heim zu ziehen, weil das
687 billiger ist - ein eklatanter Verstoß gegen die UN-Behindertenrechtskonvention.

688 Mit der Ratifikation der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland verpflichtet,
689 Barrieren abzubauen und dafür zu sorgen, dass Menschen mit Behinderungen ihre Menschenrechte
690 auch wahrnehmen können. An folgenden Punkten braucht es dafür Veränderungen.

691 Wir wollen den Mehrkostenvorbehalt abschaffen und die Rahmenbedingungen für den Ausbau des
692 selbständigen Wohnens mit Assistenz sowie des Betreuten Wohnens weiter verbessern, auch für
693 Menschen mit umfassendem Unterstützungsbedarf. Der Mehrkostenvorbehalt führt nach wie vor
694 dazu, dass vielerorts die Behörden über Wohnen und Lebensform der Menschen entscheiden.
695 Menschen mit Behinderung sollen selbst über ihre Wohn- und Lebensform entscheiden können.

696 Integrationsunternehmen als echte Alternative zu Werkstätten für Menschen mit Behinderung
697 sollen ausgebaut und das „Budget für Arbeit“ für weit mehr Menschen als bisher geöffnet
698 werden. Wer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und nicht in einer Werkstatt für behinderte
699 Menschen arbeiten möchte, muss die dafür notwendige Unterstützung erhalten. Durch die
700 Schaffung von weiteren inklusiven Ausbildungsstätten möchten wir den Start ins Berufsleben
701 für Menschen mit Behinderung erleichtern.

702 Wir wollen Menschen unabhängig von ihrem Alter und ihren Fähigkeiten stärken und setzen uns
703 daher dafür ein, dass Teilhabeleistungen unabhängig vom Alter erbracht werden.
704 Behinderungsbedingte Leistungen sollen ohne Anrechnung von Einkommen und Vermögen erfolgen.

705 **Wir wollen eine nachhaltige und gerechte** 706 **Alterssicherung für alle**

707 Das System der Altersvorsorge ist im Wandel. Neben dem klassischen Rentenbezug werden in
708 Zukunft die unterschiedlichsten Kombinationen aus Rentenbezug und Teilzeitarbeit,
709 ehrenamtlichem Engagement, Sorgearbeit für Partner*innen sowie Angehörige stehen. Grüne
710 Rentenpolitik gibt eine generationengerechte Antwort auf die Herausforderungen des
711 demografischen Wandels und bezieht dabei die sich verändernden Berufsbiografien und
712 Erwartungen der Versicherten sowie der Menschen im Altersruhestand ein. Dazu gehört, die
713 Alterssicherung nachhaltig aufzustellen und in der Breite zu stärken.

714 Dafür wollen wir in der nächsten Wahlperiode den ersten Schritt zur Bürgerversicherung
715 gehen. Selbständige sollen in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen werden.
716 Perspektivisch streben wir eine Rentenversicherung für alle an, also auch für Abgeordnete,
717 Freiberufler*innen und Beamt*innen. Wir setzen auf ein umfassendes Konzept – sowohl für
718 Geringverdienende als auch für die Mittelschicht, für Frauen, Versicherte mit
719 gesundheitlichen Einschränkungen und für alle Berufsgruppen. Im Zentrum stehen ein
720 stabilisiertes Niveau der materiellen Absicherung, eine nachhaltige sowie gerechte
721 Finanzierung – auch zwischen den Generationen - und die Möglichkeit, den Übergang vom Beruf
722 ins Alter selbstbestimmt sowie angepasst an die eigenen Bedürfnisse zu vollziehen.

723 Rentenniveau stabilisieren - gesetzliche Rente stärken

724 Die Basis für eine umfassende Alterssicherung ist und bleibt die gesetzliche Rente. Diese
725 ist besser als ihr Ruf. In der Bankenkrise und während der Niedrigzinsphase bewies und
726 beweist die umlagefinanzierte Rentenversicherung ihre Stabilität. Jedoch steht das System
727 der Alterssicherung insgesamt vor erheblichen Herausforderungen. Während die Beitragssätze
728 zur gesetzlichen Rentenversicherung auf den niedrigsten Stand seit zwei Jahrzehnten gesunken
729 sind, sackte das Leistungsniveau im selben Zeitraum deutlich ab, wenn auch nicht so stark
730 wie prognostiziert. Die zusätzliche Altersvorsorge und dabei insbesondere die Riester-Rente
731 blieben hinter den Erwartungen zurück. Die kapitalgedeckten Säulen konnten die ihnen
732 zugeordnete, ausgleichende Rolle sowohl in der Breite als auch in der Höhe nicht ausfüllen.
733 Eine Stabilisierung des Rentenniveaus ist vor diesem Hintergrund bereits heute dringend
734 notwendig.

735 Das heutige, gegenüber dem Jahr 1998 bereits erheblich abgesenkte Rentenniveau sollte nicht
736 weiter fallen. Zugleich wollen wir, dass Leistungen wie die Mütterrente aus Steuern bezahlt
737 und Rahmenbedingungen so verändert werden, dass es für Frauen, Ältere und gesundheitlich
738 beeinträchtigte Personen leichter wird, erwerbstätig zu sein. Auch sollten schon kurzfristig
739 deutlich mehr Personen in die Rentenversicherung einbezogen werden, insbesondere jene, die
740 keine obligatorische Absicherung haben. So ist eine Stabilisierung des Rentenniveaus auch
741 ohne eine deutliche Anhebung der Rentenbeitragssätze möglich. Das ist finanziell nachhaltig
742 und führt zu einem gerechten Ausgleich zwischen den Generationen.

743 Die Zukunft der Renten entscheidet sich vor allem am Arbeitsmarkt. Wenn es uns gelingt, dass
744 Frauen sich beruflich genauso verwirklichen können wie Männer, dann stabilisiert dies die
745 Rentenversicherung und sichert den Frauen zudem eine eigenständige Alterssicherung. Die
746 geschlechtsspezifische Rentenlücke zwischen Frauen und Männern ist gewaltig. Bei den
747 heutigen Rentnerinnen und Rentnern liegt sie bei rund 60 Prozent. Sie ist in den vergangenen
748 Jahrzehnten zwar kleiner geworden. Würde es in diesem Tempo weitergehen, dürfte es jedoch
749 noch einmal siebzig Jahre dauern, bis die Lücke geschlossen ist. So viel Zeit haben wir
750 nicht. Wir wollen den Gender Pension Gap minimieren. Dazu müssen in erster Linie die
751 Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt beseitigt, sowie die bessere Vereinbarkeit von
752 Familien- und Erwerbsarbeit ermöglicht werden. Dies betrifft den Ausbau von
753 Kinderbetreuungs- und Bildungsinfrastruktur, die Einführung einer echten Pflegezeit, das
754 Rückkehrrecht auf Vollzeit, eine Reform der Minijobs, gleicher Lohn für gleiche und
755 gleichwertige Arbeit sowie die Abschaffung steuerlicher Negativanreize und die Einführung
756 eines obligatorischen Rentensplittings.

757 Zusätzlich wollen wir durch eine Garantierente für langjährig Versicherte gewährleisten,
758 dass alle Menschen, die den größten Teil ihres Lebens gearbeitet, Kinder erzogen, andere
759 Menschen gepflegt oder sonstige Anwartschaften in der Rentenversicherung erworben haben, im
760 Alter eine Rente beziehen, die oberhalb der Grundsicherung liegt. Betriebliche und private
761 Altersvorsorge werden auf die Garantierente nicht angerechnet.

762 Betriebliche und geförderte private Altersvorsorge neu aufstellen

763 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, das Drei-Säulen-System der Alterssicherung zu
764 revitalisieren. Die betriebliche Altersversorgung muss in Zukunft auch diejenigen erreichen,
765 die heute faktisch ausgeschlossen sind. Arbeitgeber sollen ihren Beschäftigten in jedem Fall
766 eine Betriebsrente anbieten und mit einem eigenen Arbeitgeberbeitrag unterstützen. Die
767 Riester-Rente ist in ihrer bisherigen Form gescheitert.

768 Wir wollen die geförderte private Altersvorsorge deshalb grundlegend reformieren und ein
769 einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einführen, das als öffentliches
770 verwaltetes Produkt neben die bereits bestehenden Altersvorsorgeprodukte tritt.

771 Zudem soll die öffentliche Förderung in Zukunft vor allem Geringverdienenden zugutekommen.
772 Dazu wollen wir die Grundzulage erhöhen, einen Zuschlag für Menschen im unteren
773 Einkommensbereich einführen und im Gegenzug die steuerliche Förderung über den
774 Sonderausgabenabzug streichen.

775 Selbstbestimmter Übergang in die Rente – leistungsgerecht und individuell

776 Grundsätzlich sollte jede Person selbst entscheiden können, wann und wie sie in den
777 Ruhestand wechselt. Wir halten am schrittweisen Anstieg der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre
778 fest. Diese soll allerdings keine starre Grenze mehr sein. Denn die Bedürfnisse der Menschen
779 unterscheiden sich. Manche Menschen wollen mit 60 ihre Arbeitszeit reduzieren, andere
780 bevorzugen den stufenlosen Wechsel in die Altersrente und wieder andere wollen auch über die
781 Regelaltersgrenze hinaus noch voll im Erwerbsleben stehen. Grüne Politik hat zum Ziel,
782 diesen Wünschen und Fähigkeiten gerecht zu werden, indem wir bestehende Hindernisse auf dem
783 Weg zu mehr Flexibilität beseitigen.

784 Wir wollen eine echte Altersteilzeit durch eine attraktivere Teilrente bereits ab 60
785 ermöglichen. Gerade besonders belastete Beschäftigte sollen sie in Anspruch nehmen können.
786 Hier wäre ein Ausgleich von Abschlägen denkbar, wenn neben einer Teilzeittätigkeit eine
787 Teilrente in Anspruch genommen wird. Wir wollen sicherstellen, dass den Beitragszahlungen
788 von arbeitenden Rentnerinnen und Rentnern auch Rentenleistungen gegenüberstehen. Wir setzen
789 uns dafür ein, dass Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente, die allein aus
790 gesundheitlichen Gründen erfolgen, abgeschafft werden.

791 **Wir sorgen für mehr Steuergerechtigkeit**

792 Grüne Steuerpolitik stärkt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie setzt darauf,
793 Lebensqualität zu steigern und die ökologische Finanzreform vorantreiben,
794 Steuergerechtigkeit zu schaffen und Steuervermeidung zu bekämpfen sowie Kinder in den
795 Mittelpunkt der Familienförderung zu stellen. Grüne Steuerpolitik leistet auch einen Beitrag
796 zur ökologischen Modernisierung, indem wir die Lenkungswirkung von Steuern nutzen. Weniger
797 Folgekosten und weniger Umweltschäden gehen einher mit höheren umweltfreundlichen
798 Investitionen und bringen damit eine doppelte Dividende für uns alle.

799 Mit unserer Steuer- und Haushaltspolitik wollen wir die nötigen Mittel für die
800 Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft bereitstellen und den zu hohen Schuldenstand vieler
801 Gebietskörperschaften zurückführen. Außerdem wollen wir im Sinne von Umverteilung der
802 wachsenden Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung und der mangelnden
803 Chancengleichheit in unserer Gesellschaft steuerpolitisch entgegenwirken. Dazu gehört auch
804 eine Entlastung von Bezieher*innen kleiner Einkommen über steuerfinanzierte Leistungen, etwa
805 für Familien oder den sozialen Wohnungsbau oder über Steuergutschriften. Solche Instrumente
806 sind zielgenauer als eine Veränderung im Tarifverlauf der Einkommensteuer, weil diese auch
807 für die höheren Einkommen Wirkung entfaltet. Wir stehen zu dem aus der Verfassung
808 abgeleiteten Grundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, der eine umverteilende
809 Wirkung des Steuerrechtes ausdrücklich vorgibt.

810 Der soziale Ausgleich, der Bildungsaufbruch und die ökologische Modernisierung können nur
811 mit einem handlungsfähigen Staat gelingen. Die aktuell entspannte gesamtstaatliche
812 Haushaltssituation darf nicht darüber hinweg täuschen, dass strukturelle Risiken weiter

813 bestehen. Denn vor allem den historisch niedrigen Zinsen und dem demografisch wie
814 konjunkturell begünstigten hohen Beschäftigungsstand verdanken wir die gegenwärtige positive
815 Lage. Es braucht insgesamt ein Mehraufkommen, um vor dem Hintergrund der finanziellen Lage
816 der Kommunen und der Notwendigkeit, die Schuldenbremse einzuhalten, den Investitionsstau in
817 unserem Land aufzulösen.

818 Steuerhinterziehung bekämpfen und Steuergestaltung einschränken

819 Wir wollen, dass alle ihren fairen Beitrag zum Gemeinwesen beitragen. In unserer
820 Gesellschaft wächst das Unverständnis darüber, dass einige Wohlhabende ihre Vermögen
821 steuerfrei in Panama verstecken und sich der solidarischen Gemeinschaft entziehen. Viele
822 Menschen haben den Eindruck, dass wir nicht mehr in einer sozialen Marktwirtschaft, in der
823 man mit eigener Anstrengung und durch eine faire Unterstützung der Gemeinschaft vorankommen
824 kann, sondern längst in einer Machtwirtschaft leben, in der große Konzerne und ihre Lobbies
825 regieren und ihre Interessen auf Kosten des Gemeinwohls durchsetzen können. Das gefährdet
826 den sozialen Zusammenhalt und die Akzeptanz unserer Demokratie in unserer Gesellschaft. Mit
827 dem Ankauf von Steuerdaten und der Verhinderung des Abkommens mit der Schweiz haben wir
828 geholfen, das Ende des Bankgeheimnisses zu besiegeln, wo andere, wie Finanzminister
829 Schäuble, es noch schützen wollten. Aber auch nach Ende des Bankgeheimnisses bleibt viel zu
830 tun.

831 Anonyme Briefkastenfirmen sollen der Vergangenheit angehören. Steuersümpfe wollen wir
832 austrocknen, sie gehören auf eine schwarze Liste. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen
833 und Banken müssen sanktioniert werden, wenn sie Geschäfte in Staaten auf dieser schwarzen
834 Liste tätigen oder sie vermitteln. Zahlungen in solche Staaten dürfen steuerlich nicht
835 absetzbar sein und sollen mit einer Quellensteuer belegt werden. Menschen mit deutscher
836 Staatsangehörigkeit sollen sich nicht länger durch Wegzug ihrer Steuerpflicht entziehen
837 können. Wie in den USA sollen auch deutsche Staatsangehörige, die im Ausland leben hier
838 steuerpflichtig bleiben.

839 Die internationale Verschiebung der Gewinne der großen Konzerne mit dem Ziel, darauf keine
840 Steuern mehr zu bezahlen, muss endlich unterbunden werden. Wir wollen, dass Deutschland
841 vorangeht und eine Vorreiterrolle einnimmt. Die große Koalition hat hier nichts unternommen.
842 Aus Rücksicht auf Interessen deutscher Konzerne sucht sie ausschließlich internationale
843 Lösungen und schiebt das Problem auf die lange Bank.

844 Alle in Deutschland tätigen Unternehmen sollen ihre Gewinne, Steuerzahlungen und ihre
845 Geschäftstätigkeit nach Ländern vollständig offenlegen. Denn die Öffentlichkeit hat ein
846 Recht zu erfahren, falls Unternehmen ihre in Deutschland erwirtschafteten Gewinne in andere
847 Staaten verschieben, um hier weniger oder keine Steuern zahlen. Auch Ausgaben wie
848 Lizenzgebühren und Zinsen dürfen nicht dafür missbraucht werden. Auslandsgewinne deutscher
849 Unternehmen wollen wir nicht länger von der Steuer freistellen, sondern die bereits im
850 Ausland gezahlte Steuer in Deutschland anrechnen.

851 Wir wollen, dass die Anbieter von aggressiven Steuermodellen verpflichtet werden diese
852 offenzulegen. Denn es waren Banken und Steuerberater, die Geschäfte nach Panama vermitteln
853 und die immer wieder auffallen durch Beihilfe zu Geldwäsche und Steuerhinterziehung. Was in
854 Großbritannien und anderen Ländern schon lange selbstverständlich ist, muss auch in
855 Deutschland endlich Realität werden. Damit beenden wir das Hase-und-Igel-Spiel zwischen
856 Steuerbetrügnern und Finanzamt, bei dem das Finanzamt meist das Nachsehen hat. Auch
857 Whistleblower, die wichtige Hinweise auf kriminelle Finanzgeschäfte liefern, wollen wir
858 endlich besser schützen.

859 Die deutschen Finanzämter sind den großen Steuerabteilungen der Konzerne oft hoffnungslos
860 unterlegen. Zahlreiche Staaten haben darauf reagiert, indem sie in ihrer Steuerverwaltung
861 Spezialeinheiten für große multinationale Unternehmen und reiche Privatpersonen geschaffen
862 haben. Deswegen wollen wir die Zuständigkeit für diese Gruppen von den Ländern einer
863 Spezialeinheit auf Bundesebene übertragen. Diese bundesweite Steuerfahndung wollen wir in
864 technischer und personeller Ausstattung auf Augenhöhe bringen mit den Steuerabteilungen der
865 Konzerne und den großen Steuerberatungsgesellschaften.

866 Besteuerung von Einkommen

867 Ab 2017 wird bei der Einkommensteuer eine Anpassung des Grundfreibetrages notwendig sein.
868 Zur aufkommensneutralen Gegenfinanzierung schlagen wir eine stärkere Differenzierung und
869 Erhöhung des Spitzensteuersatzes im Sinne einer höheren Reichenbesteuerung vor, welche
870 allerdings erst oberhalb eines zu versteuerndem Single-Einkommens von 100.000 Euro einsetzen
871 soll.

872 Wir wollen die Abgeltungsteuer abschaffen und damit die steuerliche Bevorzugung von Kapital-
873 gegenüber Arbeitseinkommen beenden. Kapitaleinkünfte sollen wieder der individuellen
874 Einkommensteuer unterliegen. Wer in der Einkommensteuer den Spitzensteuersatz zahlt, soll
875 dies auch für seine Kapitaleinkünfte tun.

876 Wir wollen die Abzugsfähigkeit von Gehältern auf 500.000 Euro und von Abfindungen auf eine
877 Million Euro beschränken. So wird die Subventionierung von sehr hohen Vergütungen, Boni und
878 Abfindungen durch den Steuerzahler verhindert.

879 Millionen-Vermögen besteuern

880 Derzeit werden hohe Vermögen in Deutschland sehr gering besteuert. Das liegt zum einen
881 daran, dass die Vermögensteuer nicht mehr erhoben wird. Zum anderen wirkt die
882 Erbschaftsteuer in ihrer jetzigen Form regressiv – je höher die Erbschaft oder Schenkung, je
883 niedriger die effektive Steuerbelastung. Die Ursache liegt darin, dass hohe
884 Vermögensweitergaben häufig von der Steuer freigestellt werden, weil sie überproportional
885 oft aus der Weitergabe von Betriebsvermögen bestehen und sie damit von der Steuer
886 freigestellt werden können.

887 Wir sehen die Notwendigkeit, mit einer verfassungsfesten, ergiebigen und umsetzbaren
888 Vermögensbesteuerung einer sich verstärkenden Vermögensungleichheit entgegen zu wirken und
889 die Mittel zu erwirtschaften, die für die Finanzierung von Maßnahmen zu mehr
890 Chancengleichheit vor allem im Bildungsbereich notwendig sind. Bei der Reform der
891 Vermögensbesteuerung werden wir darauf achten, dass sie unternehmerische
892 Investitionsentscheidungen möglichst wenig beeinflusst und gleichermaßen Steuergestaltungen
893 weitgehend vermieden werden. Eine aus Verfassungs- und Gerechtigkeitsgründen problematische
894 Unterscheidung verschiedener Vermögensarten wollen wir vermeiden. Die durch ein Urteil des
895 Verfassungsgerichts veranlasste Reform der Erbschaftssteuer ändert daran so gut wie nichts.
896 Die große Koalition hat die Erbschaftsteuer noch komplizierter gemacht und die Ausnahmen für
897 die Erben von Betriebsvermögen im Millionenumfang weitgehend beibehalten. Wir finden das
898 nicht gerecht und bezweifeln, dass es verfassungsgemäß ist.

899 VARIANTE 1: Wir streben die Wiederbelebung der Vermögensteuer an. Eine gute Basis bietet
900 dabei die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Januar 2016, die
901 auch für mehrere Varianten von Steuersätzen und Freibeträgen das Aufkommen schätzt. Die
902 grüne Vermögensteuer soll als Millionärsteuer ausgestaltet werden mit einem persönlichen
903 Freibetrag von mindestens einer Million Euro. Der Steuersatz soll maximal 1 Prozent betragen
904 und das Aufkommen bei 10 Milliarden Euro liegen. Mit diesem Ansatz würden 99,8 Prozent des
905 Aufkommens vom reichsten 1 Prozent unserer Gesellschaft getragen werden. Steuerfrei bleiben

906 die gesetzlichen, betrieblichen und privaten Vorsorgevermögen sowie die Altersrückstellungen
907 im Rahmen von privaten Krankenversicherungen. Ausweichmöglichkeiten werden dadurch
908 eingeschränkt, dass die Steuerpflicht an der Staatsangehörigkeit ansetzt, eine Verlagerung
909 von Wohnsitz oder Vermögen ins Ausland reduziert deshalb die Steuerzahlung nicht.

910 VARIANTE 2: Für eine tatsächlich progressive Erbschaftsteuerbelastung halten wir eine
911 Erbschaftsteuer mit einer einheitlichen und breiten Bemessungsgrundlage für alle
912 Vermögensarten (synthetische Erbschaftsteuer) für notwendig, denn sie allein unterbindet die
913 Gestaltung über unterschiedliche Vermögensarten. Mit moderaten Steuersätzen (Größenordnung
914 15 Prozent) und unter Beibehalt der aktuellen Freibeträge wird eine verfassungsfeste,
915 progressive und für die Länderhaushalte ergiebige Vermögensbesteuerung erreicht. Mit einer
916 verbindlich einzuräumenden Stundungsoption über einen angemessenen Zeitraum kann diese
917 Steuer von jedem Unternehmenseigentümer getragen werden, ohne die Investitionsmöglichkeiten
918 des Unternehmens einzuschränken.

919 Steuergerechtigkeit durch Vereinfachung

920 Das deutsche Steuersystem ist nicht einfach zu durchschauen. Viele Bürger*innen erstellen
921 ihre Steuererklärung nur mit Hilfe einer kostenpflichtigen Steuerberatung oder verzichten
922 ganz auf den Aufwand und damit oft auch auf Rückzahlungen. Dazu kommt, dass sich gerade bei
923 großen Vermögen und hohen Einkommen durch legale Steuervermeidungstricks erhebliche
924 Einsparungen erzielen lassen. All dies trägt zu dem Ungerechtigkeitsempfinden bei, wenn es
925 ums Thema Steuern geht. Dem wollen wir etwas entgegenstellen. Vorausgefüllte
926 Steuererklärungen sind ein Schritt in die richtige Richtung, um Bürger*innen die Abgabe der
927 Steuererklärung zu vereinfachen. Doch weitere müssen folgen, um die Anzahl der Formulare und
928 Fragen zu reduzieren. Unser Ziel ist, dass am Ende für alle ein möglichst einfaches und
929 verständliches Verfahren steht.

930 Auch viele Selbstständige und mittelständische Unternehmen leiden unter dem bürokratischen
931 Aufwand, der mit der deutschen Steuergesetzgebung verbunden ist. Diese kann reduziert
932 werden, zum Beispiel indem wir die Abschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter
933 erhöhen. Auch steht eine Vereinfachung bei der Umsatzsteuer mit Blick auf die aufwändigen
934 Verfahren bei Handel innerhalb der EU an. Um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten,
935 schaffen wir Branchensubventionen wie zum Beispiel bei der Umsatzsteuer für die Hotelbranche
936 ab. Zur Steuervereinfachung von Selbstständigen wollen wir zusätzlich die Abgrenzungskriterien
937 im Sozial-, Arbeits-, und Steuerrecht einheitlich regeln, so dass Doppel- oder
938 Dreifachprüfungen vermieden werden können.

939 **Wir wollen ökologische Gerechtigkeit für uns und unsere**
940 **Kinder**

941 Ungerechtigkeiten entstehen auch durch Umweltverschmutzung und ökologische Verfehlungen.
942 Daher gehören Gerechtigkeit und Ökologie untrennbar zusammen. Kommenden Generationen eine
943 lebenswerte Welt zu hinterlassen, ist eine Frage der Gerechtigkeit. Eine gute Zukunft wird
944 es nur dann geben, wenn wir innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten wirtschaften und
945 alle Menschen am erwirtschafteten Wohlstand teilhaben können. Dabei haben wir keine Zeit zu
946 verlieren. Denn wenn wir so weiter machen, benötigen wir im Jahr 2030 eine zweite Erde, um
947 den Bedarf der Menschheit an Nahrung, Wasser und Energie zu decken. Deshalb kämpfen wir
948 Grüne für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und gegen den Raubbau an
949 begrenzten Ressourcen.

950 Umweltzerstörung und Klimakrise sind Treiber von Ungerechtigkeit und Armut weltweit. Dabei
951 sind es meist die Ärmsten, die am stärksten unter Umweltzerstörung leiden, zu der sie selbst
952 wenig dazu beigetragen haben. Das erleben wir, wenn Ernten verdorren und Menschen durch
953 steigende Meeresspiegel zur Flucht gezwungen werden. Oder wenn die Rodung von Regenwald für
954 den Soja-Anbau als Futter für die industrielle Landwirtschaft indigenen Kleinbauern die
955 Existenzgrundlage entzieht. Deshalb ist es auch ein Gebot der Gerechtigkeit, wenn wir Grüne
956 für Klimaschutz und eine intakte Natur für alle streiten. Wir wissen: Ohne globale
957 Gerechtigkeit wird es auch keine internationale Solidarität gegen Klimakrise und
958 Artensterben geben – und ohne den Kampf gegen die Klimakrise keinen Fortschritt hin zu einer
959 gerechteren Welt.

960 Auch in unserem Land schafft eine Politik, die sozial und ökologisch ausgerichtet ist,
961 gerechtere Verhältnisse. Durch einen starken Umwelt- und Verbraucherschutz sorgen wir Grüne
962 dafür, dass saubere Luft, reines Wasser und giftfreies Essen kein Privileg für wenige
963 werden. Mit dem Umstieg auf Erneuerbare Energien treffen wir Vorsorge, dass Strom, Wärme und
964 Mobilität dauerhaft bezahlbar bleiben, auch wenn die fossilen Energiereserven knapper
965 werden.

966 Durch eine gute Umweltpolitik profitieren langfristig alle. Wir wollen, dass Preise
967 zunehmend die ökologische Wahrheit sagen, damit wir nicht weiter auf Kosten künftiger
968 Generationen wirtschaften. Uns ist zugleich die Herausforderung bewusst, die kurzfristigen
969 sozialen Folgen umweltpolitischer Maßnahmen abzufedern. Der dringend notwendige Einstieg in
970 den Kohleausstieg führt zu Strukturbrüchen in Regionen. Den Übergang zu neuen Industrien und
971 Arbeitsplätzen wollen wir aktiv fördern. Neben dem Klimawohngeld entlasten auch Vorgaben und
972 Förderprogramme für effiziente Elektrogeräte und spritsparende Fahrzeuge gerade Haushalte
973 mit kleinen Einkommen.

974 Zu einer ökologisch gerechten Politik gehört auch, dass wir umweltschädliche Subventionen
975 konsequent abbauen. Laut Umweltbundesamt betragen diese derzeit 52 Milliarden jährlich. Das
976 mindert den Umweltverbrauch, verbessert die Finanzierung unseres Gemeinwesens und setzt
977 Mittel frei, um die sozial und ökologisch gerechte Modernisierung unseres Landes
978 voranzubringen.

979 **Wir kämpfen für eine gerechtere Welt**

980 Gerechtigkeit endet für uns Grüne nicht an Grenzen. Wir wollen, dass alle Menschen in allen
981 Regionen dieser Welt in Frieden und Würde leben können. In einer globalisierten Welt müssen
982 alle Länder eine faire Chance auf Entwicklung erhalten und es liegt auch in der
983 Verantwortung Deutschlands dies zu ermöglichen.

984 Unser Ziel ist es im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele Hunger und Armut weltweit zu
985 verringern, die Menschenrechte umzusetzen, Wohlstand gerechter zu verteilen und so zu
986 wirtschaften, dass die Lebensgrundlagen aller erhalten bleiben. An diesen Zielen wollen wir
987 die Politik hierzulande ebenso ausrichten wie die Außen- und Entwicklungspolitik. Dazu
988 gehört, internationale Zusagen auch einzuhalten. Die Industriestaaten haben versprochen,
989 ihre Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf mindestens 0,7 Prozent ihrer
990 Wirtschaftsleistung zu erhöhen und zusätzlich jährlich 100 Millionen für den globalen
991 Klimaschutz auszugeben. Wir streiten dafür, dass Deutschland seinen Teil dieser
992 Verpflichtungen bis 2020 umsetzt.

993 Weltweit sehen wir, dass ein Prozent der Weltbevölkerung fast die Hälfte des weltweiten
994 Vermögens besitzt. In vielen Ländern bereichern sich korrupte Eliten. Viele multinationale
995 Konzerne zahlen kaum Steuern, da sie ihre Gewinne in Steuersümpfe verschieben. Globale

996 Regulierung hinkt dabei oft meilenweit hinterher. In den letzten 20 Jahren konnte die Anzahl
997 der Menschen, die in extremer Armut leben müssen, halbiert werden, doch noch immer haben 80
998 Prozent der Weltbevölkerung keine angemessene soziale Absicherung. Selbst Arbeit schützt
999 nicht vor Armut, gefährliche Arbeitsbedingungen und Ausbeutung sind weit verbreitet – von
1000 den Textilfabriken Südostasiens oder auf den Kakaoplantagen Westafrikas. Um das zu ändern,
1001 wollen wir die Globalisierung gerecht und nachhaltig gestalten. In Ländern wie China und
1002 Indien, aber auch zunehmend in Afrika, hat sie bereits dazu beigetragen, dass breite
1003 Bevölkerungsschichten extreme Armut überwinden konnten. Sie beschleunigt Innovation und
1004 sorgt nicht zuletzt für einen Zuwachs an politischem und kulturellem Austausch.

1005 Wir stehen für eine internationale Wirtschaftsordnung, die dazu beiträgt, die nachhaltigen
1006 Entwicklungsziele der UN zu erreichen. Dafür reichen Selbstverpflichtungen der international
1007 agierenden Unternehmen nicht aus. Es braucht gesetzlich verbindliche Transparenz- und
1008 Offenlegungspflichten für die gesamte Lieferkette. Wir wollen, dass für Lieferketten auch
1009 gesetzlich verbindliche Umwelt- und Sozialstandards gelten.

1010 Hunger und Unterernährung wollen wir mit einer umfassenden Strategie bekämpfen, deren
1011 Herzstück eine globale Agrarwende ist. Wir wollen weg von einer hoch subventionierten
1012 industriellen Landwirtschaft, die die Märkte in Entwicklungsländern mit billigen
1013 Hähnchenflügeln flutet oder von Fangflotten, die die Meere vor Afrika leer fischen und hin
1014 zu einer stärkeren Förderung von Kleinbäuer*innen und von Kleinfischer*innen in
1015 Entwicklungsländern.

1016 Deutschland hat als führendes Industrieland eine besondere Verantwortung. Wir wollen die
1017 Entkopplung von Wohlstand und Ressourcenverbrauch forcieren in dem wir zum Beispiel
1018 Kreislaufwirtschaft und Recycling fördern. Außerdem braucht es bessere Rahmenbedingungen für
1019 fairen, ökologischen und sozialen Konsum. Damit Fairtrade-Produkte aus der Nische kommen,
1020 fordern wir mehr Transparenz und eine bessere Kennzeichnung. Außerdem wollen wir, dass die
1021 öffentliche Hand bei der öffentlichen Beschaffung konsequent mit gutem Beispiel vorangeht.
1022 Rohstoffe müssen unter fairen Bedingungen abgebaut und gehandelt werden.

1023 Mit fairem Handel können wir die Globalisierung ökologisch und sozial gerecht gestalten.
1024 Dafür wollen wir die Handelsbeziehungen Europas neu ausrichten, so dass sie die
1025 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen unterstützen. Die EU-Kommission darf nicht
1026 länger Druck auf Entwicklungsländer ausüben ihre Märkte weiter zu öffnen. TTIP und CETA
1027 schließen die ärmsten Länder bei der Gestaltung der Regeln des Welthandels aus. Wir werden
1028 uns weiterhin dafür einsetzen, diese Abkommen zu stoppen. Gleiches gilt für die
1029 entwicklungsschädlichen Partnerschaftsabkommen (EPAs), die die europäische Union derzeit mit
1030 den afrikanischen Staaten verhandelt. Stattdessen verfolgen wir einen multilateralen Ansatz,
1031 der auf die selbstbestimmte Entwicklung in den Ländern des Südens abzielt.

1032 [\[1\]](#) Eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit braucht eine wirtschaftliche Basis. In
1033 unserem Beschluss „Grüner Wirtschaften für eine lebenswerte Zukunft“ haben wir 2015
1034 dargelegt, wie wir unseren Wohlstand mit klaren ökologischen und sozialen Leitplanken
1035 erwirtschaften und unsere Wirtschaft zugleich wettbewerbsfähiger machen können.